

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 19.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratannahme nur gegen Vorausbezahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Cöln.

Cöln, den 12. Mai 1911.

Insertionspreis für die vierteljähr. Zeitzeile 30 Pfg. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Palmstraße 14. Telefonruf 11543. — Redaktionschluss ist Dienstag Mittag.

12. Jahrg.

„Aufreizende Unwahrheiten“.

Durchs ganze Land heult die rote Demagogie von dem Ausnahmegesetz, daß die Reichsversicherungsordnung in der Fassung der Kommissionsbeschlüsse für die Arbeiterschaft sein soll. Protestversammlungen auf Protestversammlungen folgen und unendlich ist die papierne Flut der Resolutionen, die der „entrüsteten roten Volksseele“ entquillt. Das alte Gaukelspiel der Sozialdemokratie auch hier: Protest, Protest und nochmals Protest. Das ist der ganze Inhalt der Tätigkeit dieser „Volkspartei.“ Müßte die Arbeiterschaft von all den Protesten leben, dann würde sie elendiglich zu Grunde gehen. Nur schade um all die nutzlos verpuffte Energie. Je mehr von sozialdemokratischer Seite protestiert wird, um so fester wird auf der Gegenseite der Wille, gegen jene Proteste das Begonnene zu vollenden.

Die christliche Gewerkschaftsbewegung hat zum Entwurf der Reichsversicherungsordnung bereits auf ihrem Cölnener Kongress 1909 Stellung genommen und ihre Wünsche formuliert. Später ist gemeinsam mit den in der Gesellschaft für Sozialreform vertretenen Arbeiterorganisationen eine weitere Kundgebung erfolgt. Klar und deutlich wurde gesagt, was wir wollen. Drei Tage lang hat dann der Reichstag in erster Lesung über die Reichsversicherungsordnung debattiert. Die zur Durchberatung des Werkes eingesetzte Kommission hat sich ein ganzes Jahr lang, in 120 Sitzungen abgemüht, aus dem Entwurf etwas allgemein befriedigendes zu schaffen. Und das Ende ist, daß der Entwurf wie er heute dem Reichstage vorliegt, keinen Interessierten befriedigt. Auch uns nicht. Was aber soll geschehen? An seinen Fehlern den ganzen Entwurf, das ganze Reformwerk scheitern zu lassen, das wäre ein Leichtes. Da kam die christliche Gewerkschaftsbewegung jedoch nicht mitmachen, weil zu viel für die Arbeiterschaft auf dem Spiele steht.

Anders denkt die sozialdemokratische Bewegung. Nicht das Arbeiterinteresse wird von ihr in den Vordergrund gehoben, sondern das Interesse der Sozialdemokratie an der Anstellung von Parteigängern für die Krankenkassenämter. In das Horn der Sozialdemokratie tut selbstverständlich auch die „Holzarbeiter-Zeitung“. Sie redet in ihrer Mai-Nummer von einem „neuen Verbrechen“, von „infamer Entrechtung der Arbeiterschaft“. Daß der „Holzarbeiter“ zur „höheren Ehre des Zentrums“ sich „leicht über die Arbeiterinteressen hinweg setzt“ und „mit Wollust mit den sonstigen Arbeiterfeinden an einem Strang zieht“ erachtet die „Holzarbeiter-Zeitung“ für selbstverständlich. Angetan hat's ihr eine Notiz aus der Gewerkschaftskorrespondenz, die darlegte, in welcher Weise sozialdemokratisch geleitete Krankenkassen mit ihrem Angestellten Verträge abschließen. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ glaubt jene Tatsache bescheinigen zu können mit dem Hinweis, die Regierung habe die Abfassung dieser Verträge angeregt. So habe ein Krankenkassenbeamter der „Kölnischen Volkszeitung“ mitgeteilt. Das glaube allerdings wer will! Wir glauben nicht, daß die königlich preussische Staatsregierung Verträge angeregt hat, die bestimmen, daß Krankenkassenbeamte in Amt und Würden bleiben können, wenn sie sich auf Grund ihrer religiösen oder politischen „Tätigkeit“ jahrelange Freiheitsstrafen wegen Gotteslästerung, Hochverrat &c. zugezogen haben. Man mag das anderen erzählen. Die Anstellungsverträge, die die „Holzarbeiter-Zeitung“ verteidigen zu müssen glaubt, nennt Professor Dr. Ernst Franke in Nr. 30 der „Sozialen Praxis“ „eine Dummheit und ein Verbrechen zugleich.“ Und Dummheiten und Verbrechen sollen die christlichen Gewerkschaften vertreten? Das machen wir nicht. Selbst dann nicht, wenn auch sog. christliche Kassenverwaltungen derartige Verträge getätigt haben. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ exemplifiziert auf München und Cöln. Wir können nur feststellen, daß christliche Gewerkschaftler in beiden Städten völlig unbeteiligt sind. Was in früheren Jahren eine gewerkschaftlich indifferente Gesellschaft in Cöln, die unter der Firma „christliche Arbeiter“ segelte, zusammengebracht hat, verteidigen wir nicht. Eine Folge jener „christlichen Arbeiterpolitik“ ist es aber, wenn heute die christliche Arbeiterschaft Cölns kaum noch etwas in den Krankenkassen zu sagen hat. Krankenkassenbeamte, die sich politisch zur Zentrumspartei zählen, mit der christlichen Gewerkschaftsbewegung aber keinerlei Fühlung haben, sind aus jenen Zeiten übernommene Bestände. Solange das Cölnener Krankenkassenwesen in den Händen einer sozialdemokratischen Verwaltung liegt, ist trotz der starken Minorität, die die christlichen Gewerkschaftler in Cöln stellen aus ihren Reihen auch nicht ein einziger Krankenkassenbeamter hervorgegangen. Das sei festgestellt. Daß weiterhin der „Holzarbeiter“ nicht die Aufgabe hat, die Interessen der Zentrumspartei zu vertreten, sollte selbst eine solche allverständige Dame wie die „Holzarbeiter-Zeitung“ wissen, derweilen sie sich ja selbst bemüht, den „Holzarbeiter“ in Gegensatz zu bringen zum führenden Organ der deutschen Zentrumspartei, der „Kölnischen Volkszeitung.“

Recht treffend charakterisiert Professor Franke in der schon angezogenen Nummer das Gebahren der „Holzarbeiter-Zeitung“ zur Frage der Reichsversicherungsordnung, wenn er schreibt: „Es ist eine aufreizende Unwahrheit, wenn sozialdemokratische Blätter die R. V. D. ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterschaft nennen. . . Ernsthafte Arbeiterkreise, Krankenkassenvorstände, Gewerkschaftsvorstände sprechen anders.“ Diese Worte wiegen um so schwerer, als die „Soziale Praxis“ bisher Worte des Tadelns gegen den sozialdemokratischen Holzarbeiterverband noch nicht finden konnte.

Die „Entrechtung“ der Arbeiterschaft in den Krankenkassen bei der Wahl der Kassenvorständen und der Kassenbeamten, wie sie die Kommissionsbeschlüsse vorsehen, verdanken wir lediglich der bisher üblichen Praxis der „Genossen.“ Kein Mensch kann sie von dieser Schuld reinwaschen. Aber selbst die vorgesehene Verminderung der Arbeiterrechte kann für uns kein Grund sein zu wünschen, daß die Reichsversicherungsordnung scheitert. Wir gehen in dieser Frage im wesentlichen mit Professor Franke konform, wenn er sagt:

„So wenig wir die Kommissionsbeschlüsse in diesem Punkte billigen, die die Regierungsvorschläge noch erheblich verschlechtern, (einen günstigeren Beschluß durchzusetzen, wäre wohl selbst Herrn Professor Franke, wenn er als Mitglied der Kommission eine Tätigkeit hätte einfallen können, nicht möglich gewesen. Redaktion des „Holzarbeiter“) so sehen wir in ihnen doch keinen zureichenden Grund für die Annahme, daß damit das Los der Versicherten beeinträchtigt werde. Nicht darauf aber kommt es uns in erster Linie an, wie das Raß der Rechte unter Arbeiter- und Arbeitgebervertreter im Kassenvorstand verteilt ist, sondern darauf, daß die Verwaltung gut und zum höchstmöglichen Nutzen der Versicherten geführt wird. Das ist für uns das entscheidende Moment. Die Fürsorge aber für die Versicherten liegt auch nach der neuen Ordnung vorzugsweise in den Händen der Arbeitgebervertreter des Vorstands; ihre Mehrheit gibt nach wie vor den Ausschlag für die Höhe, die Art und den Umfang der Leistungen. Hiergegen tritt für uns jeder andere Umstand zurück. Und zum zweiten wiegen denn doch die Verbesserungen der Reichsversicherungsordnung, so wenig sie an unsere Forderungen heranreichen, so schwer, daß eine ernsthafte Sozialpolitik, die stets nehmen muß, was sie unter den obwaltenden Umständen nur bekommen kann, nicht die Schuld einer Ablehnung auf sich laden darf, weil sehr beträchtliche Mängel und bedauerliche Flecken den Wert der Fortschritte verkürzen. Die Erweiterung des Versicherungskreises für Krankheit, die Hinterbliebenenversicherung, die Vereinheitlichung des Verfahrens, die örtliche Zentralisation können wir nicht aufs Spiel setzen, selbst wenn wir uns über die kümmerlichkeit der Landkrankenkassen, die Unzugänglichkeit der Gehaltsgrenze und die Schmalheit der Witwenrenten völlig klar sind. Mit diesem Verhalten bleiben wir nur unserer Tradition praktischer Sozialpolitik treu. Wir wünschen also die Annahme der Reichsversicherungsordnung im Reichstag.“

Unser Interesse an der Handwerkskunst.

Auf der Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands, Münster 1910, lautete ein Punkt der Tagesordnung: „Die Arbeiterschaft und die künstlerische und technische Entwicklung im Holzgewerbe.“ Die Behandlung dieser Frage zeigte, daß der Zentralvorstand einen guten Griff mit dem Verhandlungsgegenstand gemacht hatte. Allseitig wurden die gemachten Ausführungen auf dem Verbandstage begrüßt, und weckten sie in den Zahlstellen ein lautes Echo.

Immer mehr bricht sich in den Kollegenkreisen die Erkenntnis Bahn, daß eine Gewerkschaft, wie sie unser Zentralverband christlicher Holzarbeiter darstellt, das berufliche Leben nicht nur nach dem derzeitigen Stand der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu würdigen hat. Die Grundlage eines guten Lohn- und Arbeitsverhältnisses ist schließlich nicht nur eine starke Organisation, sondern auch der Beschäftigungsgrad im Gewerbe und dessen Absatzmöglichkeiten. Eine starke Arbeiterorganisation kann die Lohn- und Arbeitsverhältnisse gewiß beeinflussen, was sie aber nicht kann, das ist, in Zeiten der Wirtschaftskrise die für die Arbeiterschaft errungene günstige Position ohne jede Einbuße zu behaupten. Arbeiterentlassungen, Arbeitszeitverkürzungen und den dadurch bedingten Lohnausfall, kann die Gewerkschaft in solchen Zeiten nicht hintanhaltend. Nicht nur für das gesamte Wirtschaftsleben kommen solche Zeiten, sondern auch für einzelne Berufe. Allgemeine Wirtschaftskrisen und Gewerkekrisen aber wirken in gleich ungünstiger Weise auf die Lebenshaltung der Arbeiterschaft ein.

Unser Interesse an einer Hebung des Gewerbes durch einen stetigen guten Absatz der Gewerbe-Erzeugnisse ist so nicht zu leugnen. Und schadet nicht nur eine ausländische

Konkurrenz, die billiger produziert als die deutsche, sondern auch der deutsche Unternehmer, der bei traufreicher Materialvergeudung Massenware auf den gewerblichen Markt wirft, deren Quantität über den normalen Bedarf des Marktes hinausgeht. Wohl soll die Konkurrenz in der Quantität der Erzeugnisse dazu dienen, die im Gewerbe vorhandenen Kräfte anzuspornen, neue Absatzmöglichkeiten zu suchen und durch deren Erwerbung das Gewerbe zu fördern. Nicht aber soll die Produktion eine derartige sein, daß selbst bei angespanntester Tätigkeit für die Massenerzeugung ein Abgabegbiet nicht mehr zu finden ist. Allzuviel ist vom Uebel, weil so das ganze Gewerbe erschüttert wird und insbesondere für die Arbeiterschaft nach wenigen „fetten Jahren“ recht viele „magere Jahre“ kommen.

Es sind so zunächst rein egoistische Triebkräfte, die uns Holzarbeiter veranlassen, über das Lohn- und Arbeitsverhältnis hinauszuschauen. Wir blicken weiter, um das zu sichern und zu vervollständigen, was uns die Gewerkschaft erreichen ließ und noch zu erreichen hoffen läßt. Die Quantität der gewerblichen Arbeit ist eben ein grundlegender Faktor für die Stabilität unserer Erwerbsverhältnisse. Wir wenden ihr unser Augenmerk zu aus eigenem materiellem Interesse. Doch in direkter Weise die Quantitätsarbeit des Gewerbes zu beeinflussen, dafür ist die Gewerkschaft nicht die geeignete Organisation. Selbst im sozialdemokratischen Lager ist man weit davon entfernt, der Gewerkschaft jene Aufgabe zuzuwenden. Die Umwandlung der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum und die Produktion statt für den Markt, für den Bedarf, erstrebt man nicht durch die Stärke der gewerkschaftlichen Organisation, sondern durch die Eroberung der politischen Macht. In grundsätzlicher Ablehnung der sozialdemokratischen Utopien erkennen die christlichen Arbeiter dem Staate das Recht zu, mit seinen Machtmitteln regulierend die gewerbliche Produktion zu beeinflussen. Zuviel erwarten wir in dieser Beziehung vom Staate jedoch nicht; viel mehr aber von der Einsicht der gewerblichen Unternehmer, die in erster Linie die Aufgabe haben, für die Gesunderhaltung des Gewerbes zu wirken und die in direkter Weise den Gang der Dinge beeinflussen können.

In der direkte Einfluß der Gewerkschaft auf die Quantitätsproduktion des Gewerbes fast völlig ohne Belang, so kann doch sehr viel tun, um indirekt die Grundlagen des Arbeitsverhältnisses zu festigen. Durch ihre und ihrer Mitglieder Einwirkung auf die Qualität der Gewerbeerzeugnisse können jene Gefahren für die Arbeiterschaft beseitigt oder wenigstens gemindert werden, die ihr aus der Quantität der Gewerbeerzeugnisse erwachsen. Bleiben wir bei der ursprünglichen Aufgabe der Gewerkschaft, der Verbesserung und Güntigerhaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, so leben wir auch hier, daß es ebenfalls wieder gewerbeegoistische materielle Gründe sind, die uns veranlassen müssen, die Qualitätsarbeit unseres Gewerbes zu fördern. Nicht die Massenproduktion wird dem deutschen Gewerbelebe von dauerndem Nutzen sein. Andere kulturell aufstrebende Nationen können sich mit ihrem starken Nachahmungstrieb recht bald jene mechanische Geschicklichkeit aneignen, die zur Herstellung von maschinenmäßig hergestellter Massenware erforderlich ist. Sie können dabei billiger produzieren, weil die Untkosten für Rohmaterial und Arbeitslöhne mit den bei uns üblichem Maße nicht gemessen werden können. Der Kuli, der Säcke trägt, leistet schließlich die gleiche Arbeit, wie der deutsche Sackträger; nur besteht der Unterschied, daß der Kuli mit weniger Lohn zufrieden ist und nicht die Ansprüche ans Leben stellt, wie sie der deutsche Arbeiter zu stellen gewohnt ist. Die deutsche Industrie wird auf die Dauer wirtschaftlich nur dann auf der Höhe bleiben können, wenn sie Qualitäts-Erzeugnisse herstellt. Der deutsche Arbeiter wird sich das merken müssen. Auch ihm erwächst die Pflicht, vorwärts zu streben, in seinem Fache etwas tüchtiges, Qualitätsarbeit zu leisten. Ist's nicht schon heute so, daß der handwerksmäßig ausgebildete Arbeiter dort den besten Lohn verdient, resp. dort die stabilsten Arbeitsverhältnisse vorfindet, wo die beste Arbeit hergestellt wird? Freilich, es gibt Ausnahmen, wo die Herstellung der Massenware ihren Mann noch besser lohnt. Wie lange aber wird das dauern? Die größtmögliche Arbeitsteilung erleichtert das Einarbeiten, und bald treten an Stelle der gelernten Arbeiter ungelernete, die die gleiche Arbeit herstellen bei niedrigeren Löhnen.

Frage sich nur noch, wer denn die Qualitäts-Erzeugnisse des Holzgewerbes kaufen soll. Die Masse des Volkes verlangt Billigkeit und das ist eine Eigenenschaft, die mit dem Qualitätsgedanken scheinbar nicht harmoniert. Da ist einmal festzustellen, daß es das produzierende Gewerbe selbst vermag durch die Formenschnöcke seiner Erzeugnisse, bei den Käufern den Sinn für das Formengute zu heben. Mit dem Verschwinden der Bedürfnislosigkeit der Massen inbezug auf Formenschnöcke wird aber parallel gehen ein wachsendes Verständnis für Materialechtheit und die werkmäßige Herstellung eines Erzeugnisses. Und daß das bessere, daher im Kauf teurere Erzeugnis, im Gebrauch das haltbarere und daher das

billigere ist, wird die Masse der Käufer immer mehr einsehen und muß sie einsehen. Die Aufklärung, die diesbezüglich von den interessierten Gewerkschaften geleistet wird, ist keine müßige Zeitverschwendung, sondern hochlohnende Gewerbe- und im weiteren Sinne auch Kulturpolitik.

Von der Qualitätsarbeit profitiert die ganze schaffende Welt. Das Gewerbe als solches wird ertragreicher; es lohnt sowohl den Arbeiter als auch den Betriebsinhaber besser, weil letzten Endes Qualitätsarbeit Persönlichkeitsarbeit ist, die nicht karrenweise auf den Markt gefahren werden kann und dort nicht, aus Angebot und Nachfrage heraus, die Existenzbedingungen der arbeitenden Welt zum Spielball der profitgierigen Launen Einzelner machen kann. Gelingt es, die Masse des Volkes zu überzeugen, daß sie bei teurem Einkauf der Qualitätswaren besser fährt, als bei dem billigen Einkauf der Massenware (an dem Erfolg der Leberzeugungsarbeit ist wohl kaum zu zweifeln), dann gewinnt das Gewerbe auch insofern, als der Materialverschwendung für alles Schundzeug ein Ziel gesetzt wird. Materialverschwendung aber bedeutet Verteuerung und keine Einschränkung wird, wenn auch keine Verbilligung des Materials herbeiführen, denn doch das Steigen der Preise zum Stillstand bringen. Materiell gewinnen unzweifelhaft alle Interessierten. Verlieren wird nur jener Kapitalist, der dann die Anspruchslosigkeit und Urteilsunfähigkeit der Massen, die Verständnislosigkeit der Arbeiter für die gewerbliche Entwicklung und das Stumpertum im Handwerk vermisst.

Was uns die Qualitätsarbeit an ideellen Werten bringt, übertrifft noch den materiellen Gewinn. Nur eins so vor genannt: ihr Einfluß auf die Arbeit als Kulturbedeal! Dem Menschen, dem die Arbeit ein Stück Lebensinhalt ist, verflärt sie das Leben, weil er erst durch sie sein ganzes Innere wiedergeben und zu allen, die seine Persönlichkeitsarbeit sehen, reden kann, wie er denkt und empfindet. Wir streben ja als Gewerkschafter nach höherem materiellen Erfolg, aber als Menschen sind wir keineswegs von dem materiellen Erfolge befreit. Wir bedürfen Ideale, die unserem Leben wahren Inhalt geben und eines dieser Ideale ist die Arbeit, deren Produkt der Arbeiter den Stempel seiner Persönlichkeit geben kann.

Gründe genug, die dafür sprechen, daß sich auch eine Gewerkschaft um die Gewerbeentwicklung zu kümmern hat. Nicht nur die Lohnpolitik ist Gewerkschaftsgebiet, sondern auch die Gewerbeentwicklung. Letztere nur nicht in dem Sinne, daß die Gewerkschaft wie in der Lohnpolitik richtunggebend sein will, sondern prüfend, wägend, fördernd und wenn's und wo's sein muß, hemmend. Wenn und freudig stellen sich die christlichen Gewerkschafter zur Verfügung, wenn sie eine allen nutzende Sache anregen, unterstützen und fördern können. Das beweisen jene beiden Ausstellungen, die in M. Glöckner und Gelsenkirchen veranstaltet wurden, die den Zweck haben, den Herstellern gediegener Schreinerarbeit neue Abzweigungen zu erschließen, den Arbeitermassen aber, die im ewigen Einerlei der Tagesarbeit geistig verkümmern, zu zeigen, daß die schaffenden Kräfte im Holzgewerbe, den angeblich Entbehrten, das Gute und Schöne aus ihren Werkstätten nicht vorenthalten.

Zur Unfallverhütung bei der Holzbearbeitung.

T. Dem Bestreben nach möglicher Minderung der besonders großen Gefahren an einfachen und kombinierten Abriemaschinen, an denen Vierkantwellen bisher üblich waren, gelang es in den letzten Jahren, runde Konstruktionsarten für die Messerwellen zu schaffen, die den sonst zwischen Tischplatte und Messer überaus gefährlichen freien Raum verdrängen, in den die Finger des Arbeiters leicht einbringen konnten.

Die Unfälle an Vierkantwellen haben regelmäßig Zerstümmerung und schwere Luesion der Handmengen, sogar ganzer Hände und Arme mit nachfolgender Amputation der verletzten Glieder zur Folge. Die Sektion II der Norddeutschen Holzverarbeitungsvereine (Breslau) bringt... den Schaden aus Unfällen an Vierkantwellen in den Jahren 1907 bis 1909 auf 93.000 M., der ihr bei Hochdruckeinbau von Rundwellen erspart geblieben wäre. Es befanden sich 1909 in ihrem Bezirk leider noch 520 Vierkantwellen gegen 960 Rundwellen im Betriebe. Hieraus läßt sich ein Schluß auf die große Verbreitung der gefährlichen Vierkantwellen im ganzen Reich ziehen.

Die den Unternehmern nach § 120a der Reichsgewerbeordnung allgemein auferlegte Pflicht, die erforderlichen Schutzmaßnahmen gegen Unfälle in ihren gewerblichen Betrieben zu treffen, gibt der Gewerbeaufsicht nach den für 1910 vorliegenden Jahresberichten der Rgl. Preuss. Regierung- und Gewerbeämter Anlaß, der im Hinblick auf die Rundwellen erprobten Verbesserung der Betriebssicherheit nunmehr Geltung zu verschaffen.

Die Rundwellen haben sich weiterhin in Fällen der Gefahr zu bewähren. Bei ihnen vermehren die Unfälle nur leichte Fleischwunden (Grat). Eine Reihe von Verletzungen, die an Abriemaschinen vorgekommen sind, würden wohl schwerer ausgefallen sein, wenn die Maschinen nicht mit runden Messerwellen ausgerüstet gewesen wären (Süderburg und Zabel). Die Anwendung der runden Messerwelle hat die schweren Unfälle herabgemindert (Danzig). Ihre Einführung macht weitere Fortschritte (Graf, Danzig) und ist erfolgt im Kammerbezirk Breslau in 60, im hildesheimer Bezirk in 50 Fällen. Im Bezirk Posen wurde mit Nachdruck auf Ertrag der Vierkantwellen durch Rundwellen gedrungen.

Die Einführung der Rundwellen, die sich als eine ideale Schutzmaßnahme (Amberg) und möglichst wirkende Maßnahme (Breslau) bewährt haben, sind aber noch immer auf Schwierigkeiten und Lücken bei einzelnen Fällen und durch polizeiliche Verfügungen erreicht werden, die auch in

Münster nach eingetretenen Verletzungen durch Vierkantwellen veranlaßt worden sind.

Bericht Breslau ferner, daß für die Anordnung der Rundwelle meist die Befehrerung und der Hinweis auf die drohende strafrechtliche Verantwortung genügt, so ist doch bereits bei Versäumnis ein Unternehmer im Bezirk Danzig, dem die Beschaffung einer runden Messerwelle wiederholt angeraten war und an dessen Abriemaschine mit Vierkantwelle ein schwerer Unfall eintrat, wegen fahrlässiger Körperverletzung mit 50 Mark bestraft worden und hat zu erwarten, daß er noch von der Berufsgerichtshaft haftbar gemacht wird. Ebenso wurde ein Möbelfabrikant in Schleswig, welcher trotz polizeilicher Verfügung sich weigerte, die Vierkantwelle durch eine runde zu ersetzen, vom Schöffengericht zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt. Den Unternehmern war in Gumbinnen und Allenstein die Anschaffung von runden Messerwellen dringend empfohlen worden und wurden in 5 Fällen erst angebracht, nachdem sich schwere Unfälle an den Vierkantwellen ereignet hatten.

Die runden Wellen, wenn sie ihren Zweck als Sicherheitswellen erfüllen sollen, müssen massiv, ganz aus Stahl gefertigt oder durch Eisenauflagen rund gestaltet, auf die Messer so befestigt sein, daß letztere nicht herausgeschleudert werden können. Minderwertige Fabrikate sind gefährlich. Aus Danzig wird berichtet, daß an einer neubeschafften Maschine schon nach achttägigem Gebrauche Befestigungsstücke abflogen, die in der Werkstatt viel Schaden anrichteten. Besonders die Schraubengewinde waren recht nachlässig ausgeführt. Die später eingebaute Carlens'sche Welle arbeitet tadellos.

Außer Ernst Carlens in Nürnberg befaßen sich auch andere Maschinenfabriken mit Herstellung geeigneter Rundwellen. Gewissenhafte Fabrikanten liefern ihre betreffenden Maschinen nur noch mit runden Sicherheitswellen. Bei Neuanlagen wird die Gewerbeaufsicht von vornherein fordern. Trotzdem wird, solange die Rundwelle nicht obligatorisch in allen Unfallverhütungsvorschriften vorgeschrieben ist, noch immer versucht, die überaus gefährlichen Vierkantwellen an den Mann zu bringen. Von deren Beschaffung erfährt der Gewerbeaufsichtsbeamte dann erst bei den Betriebsrevisionen, wo in bestehenden Betrieben die Unternehmer sich die neuen Maschinen im Laufe der Zeit noch zulegen und die Vierkantwellen aufschwächen lassen. Wiesbaden berichtet, daß namentlich in kleinen Motorwerkstätten die allgemeine Einführung der Rundwelle dadurch erschwert wird, daß die Handwerksmeister aus Mangel an Mitteln alte Maschinen anzuschaffen pflegen, deren Umänderung zu große Kosten erfordert.

Die möglichst baldige allgemeine Ausrüstung der fraglichen Maschinen liegt aber im Interesse aller Beteiligten und können die Kosten hierfür, die sich bei mittelstarken Maschinen zwischen 70 und 120 Mk. bewegen dürften, kein Hindernis bilden.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 19. Wochenbeitrag für die Zeit vom 7. bis 13. Mai fällig ist.

Die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages erhalten folgende Zahlstellen:

- 20 Pfg. (Gesamtwochenbeitrag 70 Pfg.) Amberg.
- 5 Pfg. (Gesamtwochenbeitrag 55 Pfg.) Greifath.

Der dieswöchentlichen Zeitungsendung liegt für die Zahlstellen ein Flugblatt bei: „Freie Gewerkschaften — Zutreiber der Sozialdemokratie“. Nachbestellungen können bei der Geschäftsstelle des Verbandes erfolgen.

Zur Erleichterung des schriftlichen Verkehrs mit der Zentralkasse ist es unbedingt notwendig, daß die Zahlstellenverwaltung die „Anweisungen“ Seite 10, „Verkehr mit der Zentralkasse“ besser beachten.

Materialbestellungen richte man stets so aus, daß sie bis spätestens Dienstag abends im Besitze der Zentralkasse sind. Das Verlangte kann dann nach mit der Zeitung verhandelt werden und wird so manche Arbeit und viel Porto gespart.

Lohnbewegung.

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralstelle jede Woche vor Redaktionsschluss einen Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

Der Jaja; ist ferngehalten

- Schreiner und Maschinenarbeiter: Siegnitz; Kellheim i. E. Neu-Zienburg (R. A. Wittig), Worms, Fulda, Münster i. W., Steiberg Hb., Dietershüt (Schwarz).
- Schreiner: Barmen-Elberfeld.
- Hagener und Schreiner: Köln-Schrenfeld (Waggonfabrik), Hagen (Waggonfabrik).
- Hilfsarbeiter: Rister-Risterhammer (Bock & Co.).
- Hilfsarbeiter: Bonn (Kühling).
- Stahlmacher: Weinsheim.
- Werkstatthalter aller Berufe: Danzig und Elbing (Schichau).

Zum Tarifabschluß in Münster. Während der lokale Arbeiterverband den neuen Vertrag als bindend anerkennt hat, ist jetzt bereits der Jungerung zum zweiten Male die Ablehnung des Vertrages erfolgt. Nur die Lohnkommission der Jungerung hat den Vertrag anerkannt. Die Jungerung scheint es also auf den Kampf ankommen zu lassen. Da ein Betrieb

bereits seit acht Tagen gesperrt ist, so ersuchen wir, den Zugang von Kollegen fern zu halten. Die Betriebe, in denen die vertraglichen Bedingungen anerkannt sind, werden jedenfalls ein Interesse daran haben, daß auch die andern zur Einhaltung des Vertrages gezwungen werden. Unsere Kollegen in Münster aber bitten wir, strikte auf die Einhaltung des Vertrages zu achten und etwaige Weigerungen sofort bei der Lokalverwaltung zu melden.

Tarifabschluß in Mainz. Die am Dienstag den 2. Mai stattgefundene Versammlung der Kollegen lehnte gleichfalls wie die Vertrauensmännerversammlung die Zugeständnisse der Arbeitgeber ab und beschloß, wenn bis Donnerstag mittag keine weiteren Schritte seitens der Unternehmer geschehen würden, die geeignet seien, eine Einigung herbeizuführen, den Kampf aufzunehmen. Dieser Beschluß wurde den Arbeitgebern mitgeteilt. Bereits am Mittwoch nachmittag erklärten sich die Arbeitgeber bereit, in weitere Verhandlungen einzutreten. Die Verhandlungen wurden am Donnerstag vormittag wieder aufgenommen und waren bis zum Nachmittag bereits beendet. U. a. wurde ein Mindestlohn von 46 Pfg. für Schreiner und 48 Pfg. für Maschinenarbeiter festgelegt, ferner eine Lohnerhöhung von 6 Pfg., eine Stunde Arbeitszeitverkürzung und Einführung einer Schlichtungskommission. Die Lohnzulagen geschehen wie folgt: Am 1. Juni 1911 2 Pfg.; am 1. April 1912 2 Pfg.; am 1. Oktober 1913 1 Pfg. durch Lohnausgleich, da von da die Stunde Arbeitszeitverkürzung in Kraft tritt; am 1. April 1914 1 Pfg. Der Mindestlohn steigt im Verhältnis der Lohnerhöhung und erreicht am 1. April 1914 50 Pfg. Hierbei ist besonders zu beachten, daß bis jetzt kein Mindestlohn bestand, überhaupt von einem eigentlichen Tarif nicht gesprochen werden konnte. Der Tarif tritt am 1. Juni 1911 in Kraft und gilt bis 1. April 1915. Der Hauptstreitpunkt war die Schlichtungskommission. Durch die Arbeitszeitverkürzung verringert sich die Arbeitszeit auf 53 Stunden. Der Vertrag lehnt sich im allgemeinen an das Vertragsmuster für das deutsche Holzgewerbe an. Das Ertragsniveau ist um so wertvoller, als dieser Erfolg ohne Kampf erzielt wurde und endlich geordnete Verhältnisse Platz greifen können. In den Mainzer Kollegen liegt es nun, diese Ertragskraft dauernd hoch zu halten und den Verband weiter auszubauen. Seien wir dessen stets eingedenk und handeln wir darnach!

Tarifabschluß in Osnabrück. Da bei den zentralen Verhandlungen in Berlin für Osnabrück ein Tarifvertrag nicht zustande kam, war ein Teil der Kollegen gezwungen, zur Erreichung geordneter Arbeitsverhältnisse in den Ausfall zu treten. Nach siebenwöchentlichem Streik wurde am 3. Mai ein Tarifvertrag getätigt. Es wurden folgende Vereinbarungen getroffen:

Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt z. Bt. 56 Stunden, vom 1. Oktober 1911 ab 55 Stunden. Die gekürzte Stunde wird auf den Sonnabend gelegt. Vom 1. Oktober 1914 ab beträgt die wöchentliche Arbeitszeit 54 Stunden. Die tägliche Arbeitszeit beginnt 7 Uhr vormittags und endet 6 Uhr nachmittags. Der Stundenlohn soll während der Vertragszeit (15. Februar 1911 bis 15. Februar 1915) um 6 Pfg. erhöht werden. Die Verteilung der 6 Pfg. geschieht in folgender Weise: Im Jahre 1911 tritt vom Zeitpunkt der Wiederaufnahme der Arbeit ab eine Lohnerhöhung von 2 Pfg., vom 1. Oktober eine weitere Erhöhung von 1 Pfg. ein. Die Erhöhung von 1 Pfg. gilt zugleich als Ausgleich für die Verkürzung der Arbeitszeit um 1 Stunde. Im Jahre 1912 erfolgt am 15. Februar eine Lohnerhöhung von 1 Pfg. und am 1. Oktober eine weitere Lohnerhöhung von ebenfalls 1 Pfg. Im Jahre 1913 erfolgt keine allgemeine Lohnserhöhung. Die letzte Lohnerhöhung um 1 Pfg. tritt am 1. Oktober 1914 ein und gilt auch als Ausgleich für die Verkürzung der Arbeitszeit. Die Akkordlöhne sollen ebenfalls, und zwar entsprechend der Erhöhung der Stundenlöhne, erhöht werden.

Bemerkenswert ist noch die von den Vertragsparteien getroffene Vereinbarung, an der Eindämmung der Schmutzkonkurrenz gemeinsam zu arbeiten. Diefem Zwecke soll ein zu bildendes Tarifamt dienen.

Tarifabschluß in Dülmen. Zwischen der Tischlerinnung zu Dülmen und dem Zentralverband christlicher Holzarbeiter wurde am 6. Mai ein Tarifvertrag für das Tischlergewerbe auf drei Jahre abgeschlossen. Nach diesem Vertrage werden die Stundenlöhne der Schreinergehilfen um 4 Pfg. erhöht; der Durchschnittslohn steigt von 40 auf 44 Pfg. pro Stunde. Der Vertrag ist auf der Grundlage des für das rheinisch-westfäl. Industriegebiet maßgebenden Vertragsmusters abgeschlossen. Danach werden Ueberstunden mit 10 Pfg., Nachtarbeit mit 50 Prozent und Sonntagsarbeit mit 100 Prozent Aufschlag vergütet. Ebenso sind Montagearbeiten nach den üblichen Bestimmungen geregelt. Zur Schlichtung von Streitigkeiten ist eine Schlichtungskommission eingesetzt. Falls diese den Streit nicht schlichten kann, entscheidet das für das Schreinergewerbe bestehende Einigungsamt in Essen.

Der Streik in Hohenheim ist beendet. Die Meister haben die Forderungen der Gehülften glatt bewilligt.

Der Streik der gesamten Arbeiterschaft der Waggonfabrik in Köln-Schrenfeld dauert unverändert fort. Ueber die Ursachen des Streiks ist bisher wenig in die Öffentlichkeit gekommen. Da aber jetzt die Direktion durch Herausgabe von schwarzen Listen gezeigt hat, daß sie den Kampf mit aller Schärfe führen wird, ist es wohl angebracht, auf den Laibbestand der Arbeitniederlegung einzugehen. Schon 2 1/2 Jahre wird in diesem Betriebe pro Tag 9 Stunden gearbeitet, wogegen an und für sich niemand etwas einzuwenden hat. Die Arbeitszeit wurde damals wegen angeblichen Arbeitsmangel eingeführt. Zu gleicher Zeit erfolgten auch größere Arbeiter-Entlassungen. Die noch zurückbleibende Arbeiterschaft verpürte von Arbeitsmangel selbst weniger. Das Gelpens der Entlassung trieb die Arbeiter zur größtmöglichen Anstrengung ihrer Arbeitskraft an, und bald stand fest, daß man jetzt in den 9 Stunden dasselbe, ja oft noch mehr fertig brachte, als früher in 10 Stunden. Der Mangel an Arbeit fand gar kein Ende mehr. Die Unzufriedenheit wurde allmählich eine allgemeine. Dem verschiedentlichen Vorstelligwerden des Arbeiterausschusses um Beseitigung der mißlichen Verhältnisse

alle werden, die be-rühmte Tugend nicht zu rauben. Mit Hilfe der Dummheit seiner Gläubigen glaubt sich der Verfasser des Artikels in Nr. 18 der „Holzarbeiter-Zeitung“, „Die leistungsfähigste Organisation in der Holzindustrie“ durchslagen zu können. Nehmen wir ihn mal dazwischen:

Um zu erkennen, was der Verband für seine Mitglieder an Unterstützungen leistet, kann nur die Summe gezählt werden, die im einzelnen Unterstützungsfall den betroffenen Mitgliedern zukommt. Nach dem Statut leistet der Zentralverband christlicher Holzarbeiter in jedem Unterstützungsfall mindestens die gleiche Unterstützungssumme bei ebenso konstanten Bedingungen für den Empfänger, als der „große rote Bruder“. Darüber streitet die „Holzarbeiter-Zeitung“ auch nicht mit uns, weil sie weiß, daß sie den kürzeren dabei zieht. Auf andere Weise hofft sie uns besser bekommen zu können. Greifen wir das markanteste Beispiel, die Arbeitslosenunterstützung, heraus:

Pro Mitglied hat der sozialdemokratische Verband im Jahre 1910 an Arbeitslosenunterstützung 605,2 Pfennig, der christliche Verband aber nur 192,3 Pfennig, also nicht einmal den dritten Teil gezahlt. Daraus soll sich ergeben, daß der einzelne arbeitslose Kollege im christlichen Verband nicht eine so hohe Unterstützung erhält als im sozialdemokratischen Verband. Die Rechnung ist total falsch. Wichtig ist nur, daß die Mitglieder des sozialdemokr. Verbandes öfters arbeitslos werden als die des christlichen Verbandes. Im Jahre 1910 hatte der sozialdemokratische Verband auf 100 Mitglieder 19,4 Arbeitslosenfälle, der christliche Verband hingegen nur 8,3, das ist nicht die Hälfte. Mit dem Prunkten der „Genossen“, ihre Mitglieder seien nur durchaus tüchtige Kräfte und sehnten sich die Arbeitgeber nur so nach diesen, während die Christlichen in ihrem Haß Stümper seien (vergleiche den Fall Pauly-Söln), steht jene Tatsache in sehr auffälligem Widerspruch. Wie dem aber auch sei, die Mitglieder des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter können jedenfalls nichts dazu, wenn die „Holzgenossen“ trotz der gerühmten Sachlichkeit so oft und so andauernd arbeitslos werden. Sie können auch nichts dafür, wenn der rote Verband seine arbeitslosen Mitglieder schlechter unterstützt als der christliche Verband. Im Jahre 1910 waren die Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes an 542 361 unterstützungsberechtigten Tagen arbeitslos, ausgezahlt wurden für diese Tage 938 760,02 Mk. Pro Tag ergibt das eine Arbeitslosenunterstützung von 1,29 Mk. Der christliche Verband zahlte für 17 602 Tage Arbeitslosenunterstützung in Höhe von 25 781,29 Mk. aus; mithin pro Tag 1,47 Mk. Der christliche Verband zahlte also pro Arbeitslosentag 18 Pfg. mehr als der rote Verband. Diese Tatsache ist nicht aus der Welt zu schaffen. Es ergibt sich so:

- 1) Der christliche Verband unterstützt seine arbeitslosen Mitglieder besser als der sozialdemokr. Verband.
- 2) Trotzdem ist die Arbeitslosigkeit im sozialdemokratischen Verbands größer.

Das beweist, daß die Mitglieder des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter im Unterstützungsweesen nicht die Hauptaufgabe ihrer Organisation erfüllen, daß sie faulisch tätig sind und sich deshalb mehr in guten Betrieben halten, daß sie, falls sie arbeitslos werden, sich bald wieder um andere Arbeit bemühen, damit dem Verbands nicht zur Last fallen und beweisen, daß sie mit sehr vielen Mitgliedern des sozialdemokr. Verbandes nicht auf eine Stufe gestellt sein wollen. Trübt sie aber ein Mißgeschick, dann finden sie bei ihrer Organisation bessere Hilfe als bei den roten Alterskassenverwaltungen.

Genauso so wie mit der Arbeitslosenunterstützung geht's auch mit den übrigen Unterstützungsarten. Worauf die härtere Unterstützungsbedürftigkeit der roten Verbandsmitglieder zurückzuführen ist, mag die „Holzarbeiter-Zeitung“ selbst ergründen. Wir gestehen uns nur der reinen Kundscham zu geben, daß sich jene Tatsache mit den größtenteils rühmlichen Redensarten vom „Zukunftswillen“ der Kienträge dem sozialdemokratischen Proletariat vertragen soll, spiecht in Einklang steht.

Die rote Kasse über die Verwaltungs- und Agitationsankassen der beiden Verbände ist ebenfalls Taschenrechner. Den christlichen organisierten Holzarbeitern kann man damit nicht imponieren, da sie wissen, daß, je größer eine Organisation ist, desto geringer die Personal- und Agitationskosten im Verhältnis zu den Gesamtausgaben werden. Das ist eben eine Tatsache, die weder unangehen noch unangenehm ist. Daß aber der Verwaltungsapparat des sozialdemokratischen Verbandes der billige ist, vermögen wir keineswegs einzusehen. Nach den Beschüssen des letzten roten Verbandstages (München 1910) werden die beabsichtigten Vorstandsmittelglieder des sozialdemokratischen Verbandes mit 2640 bis 3240 Mk. pro Jahr besoldet. Von Arbeitslohn ist uns nichts bekannt. Die gleichen Gehaltsätze gelten für die Redaktoren. Die Genossen erhalten ein Jahresgehalt von 2200 bis 2700 Mk. Strafe viel erhalten die leitenden Lokalbeamten und die Hilfsarbeiter am roten Verbandsbüro. Die noch übrig bleibenden Lokalbeamten erhalten ein Gehalt bis zu 2540 Mk. Das alles sind Rindfleisch, die nach 3 resp. 5 Dienstjahren erreicht sein müssen. Damit vergleiche man die im Zentralverbande christlicher Holzarbeiter gezahlten Beamtengehälter. Die beabsichtigten Vorstandsmittelglieder und der Redaktionsleiter sind nicht einmal mit den roten Sozialisten Lokalarbeitern, geschweige denn mit den Gehaltszügen des roten Zentralverbandes. Die Bezirksbeamten unseres Verbandes stehen mit ihren Gehaltszügen an die der roten Lokalbeamten nicht heran. Von unseren Lokalbeamten wollen wir ganz schweigen. 5 Mk. Sperren mit Übernahmen und 6 Mk. ohne Übernahmen, wie sie an die Beamten des sozialdemokratischen Verbandes gezahlt werden, können wir in unserem Verbands ebenfalls nicht. Trotzdem aber behauptet man, auf jener Seite billiger zu wirtschaften. Das könnte schließlich noch der Fall sein, wenn die Beamten mehr leisten würden als bei uns. Das ist aber auch nicht der Fall. Daß die Unterstützungsanstaltungen in unserem Verbands günstiger sind, läßt es die einzelnen bedürftigen Mitglieder nach zur Bestätigung lauten, haben wir bereits ausführlicher nachgewiesen. Nachgewiesen haben wir auch bereits in Nr. 17 des „Holzarbeiter“, daß an dem Vorkursverfahren des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter die Arbeitslosigkeit im allgemeinen besser ist, als in den roten Lokalarbeitern. Spricht man dieses auf das Konto der Beamten des Verbandes,

so ergibt sich, daß sie für geringeren Lohn mehr für die Kollegen leisten, als die sozialdemokratischen Verbandsbeamten. In der Agitation zeigt sich das Gleiche. Am Jahreschlusse 1900 zählte der sozialdemokratische Verband 114 Angestellte, unser Verband 17. Es gewann im Jahre 1910 der rote Verband 13 215 Mitglieder, das ist pro Angestellter 116. Im Zentralverband christlicher Holzarbeiter wurden 2095 Mitglieder gewonnen, pro Angestellter somit 123.

Wir glauben damit der „Holzarbeiter-Zeitung“ gezeigt zu haben, welcher Verband an Unterstützungen mehr leistet und eine billigere und bessere Verwaltung hat. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ kann übrigens versichert sein, daß selbst für den Fall durch ihre Knecherei der Nachweis erbracht worden wäre, daß der sozialdemokr. Verband nach der materiellen Seite hin den Vorzug verdiente, sich kein Mitglied des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter darüber aufregen würde. Für den sozialdemokratischen Hohnspokus tauschen sie eben ihre Ideale nicht ein. Für diese haben sie im Zentralverband christlicher Holzarbeiter freies Betätigungsfeld, während im sozialdemokratischen Lager die Knute marxistischer Dogmen, das Demagogenspiel revisionistischer Gauner und der Fanatismus belörter Massen Freiheit, Recht und Wohlfahrt ver-gewaltigen.

Gewerksverein der Holzarbeiter G. D. „Die Eiche“ veröffentlicht in Nr. 18 einige Zahlen aus der Jahresbilanz dieser Organisation. Das Vermögen des Gewerksvereins betrug am Jahreschlusse 101 863,14 Mk. Die Mitgliederzahl steht z. B. auf 5662.

„So feiern wir den ersten Mai...!“ Noch in ihrer Mai-Nummer 1908 fand die soziald. „Holzarbeiter-Zeitung“ die Sprache zu folgendem Mai-Hymnus:

„Auf denn, ihr Arbeitsbrüder! Für eure Ziele, für eure Partei, für eure Zukunft ruft auch die Maifeier auf den Plan. Werbt neue Streiter, begeistert sie für unsere Ideen, hebt ihr Selbstbewußtsein, zeigt ihnen die Bahn, die sie aus der Knechtschaft zur Freiheit führt, lehrt sie kämpfen für dieses Ziel und besiegelt durch brüderliche Liebe am 1. Mai den Bund, der alle Ausgebeuteten und Unterdrückten umfaßt soll.“

Wir feiern froh am ersten Mai
Der Zukunft gold'ne Tage,
Die Tage, die für alle frei
Sind Glend, Not und Plage;
Die Zukunft groß und schön und frei,
Die feiern wir am ersten Mai.“

Aber schon einige Wochen später, auf dem Stettiner Verbandstage, fand der Vorstandsvorsitzende Leipart des soziald. Holzarbeiterverbandes heraus, daß die Mai-sprüche seines eigenen Verbandsorgans eine einzige große Lüge sind. Davon, daß die Maifeier die Bahn sei, die die Arbeiter aus der Knechtschaft zur Freiheit führe, wollte er noch nichts erfahren haben. Er erklärte offen und frei:

„Die Maifeiergeschichte hat den Verband von Blamage zu Blamage geführt. Offene Provokationen und Demütigungen seitens des Unternehmertums muß er ungestraft hinnehmen. Ich bin als ideal gestimmter Anhänger der Maifeier von Hamburg nach Stuttgart gekommen, aber jetzt widerspricht es meinem Idealismus, das alljährliche Glend in den Verhältnissen mitanzusehen. Mehr als 150 000 Mk. hat die diesjährige Maifeier den Verband gekostet. Das Geld ist nicht zum Nutzen des Verbandes ausgegeben. Mit dem heutigen Zustand ist niemand zufrieden. Darum trete ich offen für die Beilegung der Arbeitsfrage ein.“

Mit den früheren „Blamagen“ hat der starke rote Holzarbeiterverband aber noch nicht genug. Das „alljährliche Glend“ hat er auch in diesem Jahre wieder vernünftigen Erwägungen vorgezogen. Infolge der Maifeier wurden in Berlin 6484 sozialdem. organisierte Holzarbeiter ausge-sperrt; in Hannover sind es 600, in Königszberg 500, in Augsburg 16, in Stuttgart 30. Auch aus Bremen, Braunschweig und Nürnberg werden Aus-sperrungen gemeldet. Um die „Blamagen“ und das „alljährliche Glend“ zu vergrößern, nahmen die Berliner Holzgenossen gar noch eine Resolution an, die aufs schärfste verurteilt, daß organisierte Kollegen, die in der Lage gewesen wären, zu feiern, am 1. Mai gearbeitet haben.“

Eigenartig war die Stellung der Holzgenossen zur Mai-feier in Nürnberg. Die Fabrikanten der Bleistift-industrie erließen vor dem „Weltfeiertag“ folgenden Maß: „Die alle Jahre wird auch heuer am 1. Mai gearbeitet. Wer am 1. Mai feiert, kann erst am 3. Mai die Arbeit wieder aufnehmen.“ Daraufhin fielen die „Genossen“ Versammlungen ab und beschloßen im „Sächsischen Hof“, jetzt erst recht zu feiern, um dem vermaledeiten Kapital die Kräfte des Proletariats zu zeigen. Doch die Begeisterung währte nicht lange. Am letzten Arbeitstage vor dem Welt-feiertage wurden an die Bleistiftler Zettel folgenden Inhalts verteilt:

„Wir müssen Euch in letzter Stunde empfehlen, den 1. Mai trotz der Mehrheitsbeschlüsse aus Gründen der Taktik nicht zu feiern. Geht also am Montag alle zur Arbeit. Folgt unserem Ruf.“

Leitung Holzarbeiterverband
Ed. v. der Bleistiftarbeiter
Verwaltungszentrale Nürnberg.

Welche Stimmung diese „taktische“ Warnung ausgelöst hat, läßt sich denken. Die Unentwegten schimpften über die Feigheit und Anglisterei. Die Mehrzahl und zwar 1/10 etwa, freuten sich über die vernünftige Meinung der Leitung. Und einen solchen Humbug sollen unsere Mitglieder mit-machen? Niemals. Die Holzarbeiter von „Blamage zu Blamage“ zu führen, das überlassen wir dem sozialdemokratischen deutschen Holzarbeiterverband.

Soziale Rundschau.

Esjak Wahlen. Bei der Gesellenauswahl zur Dampfer-Jung in Göln wurden die Kandidaten der christlichen Gewerkschaft gewählt. Bisher hatten die sozialdemokratischen Gewerkschaften den Gesellenauswahl-Bei-

der Vertreterswahl zur Ortskrankenkasse für Bauhandwerker in Alkenstein haben in sämtlichen Abteilungen die christlich Gewerkschaftler gesiegt. — Bei der Ortskrankenkassenwahl in Fabriken in Pechingen siegten wiederum die christlich Gewerkschaften. Die letzte Wahl war von den „Genossen“ angefochten worden.

Ausstellung für Arbeiterwohnungsweesen in Gelsenkirchen. Wir berichteten bereits in Nr. 16 des „Holzarbeiter“ über die von den Organisationen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung in Gelsenkirchen geplanten Ausstellung für Arbeiterwohnungsweesen. Inzwischen ist die Ausstellung (ab 6. Mai) eröffnet worden. Ueber den Zweck der Ausstellung berichtet das vorbereitende Komitee, das sich aus Vertretern der christlichen Gewerkschaften, der katholischen und evangelischen Arbeitervereine bildet, das Folgende:

„Schwer sind die Stunden, die der Arbeiter in harter Arbeit in der Grube, auf der Werkstat und anderen Arbeitsplätzen verbringen hat. Von nachteiligen Folgen ist die Einwirkung mancher Betriebe auf den Körper und Geist des Arbeiters. Etwas wohlthuend ist es für ihn — und segenspendend für das Volk-ganze —, wenn er nach des Tages Last und Hitze ein behaglich Heim findet, wo er sich erholen kann. In einem behaglich Heim findet er Abspannung im geistlichen Familienleben. Er spricht jedoch seine Wohnung nicht den berechtigten Anforderungen so findet er keine Erholung, sondern die nachteiligen Folgen des Betriebes auf Geist und Körper finden hier Unterstützung ihrer schädlichen Wirkens.“

Die christlich-nationale Arbeiterbewegung als bedeutender Kulturfaktor unserer Tage erkennt daher die Arbeiterwohnungsfrage als den Kernpunkt der sozialen und geistigen Förderung des Arbeitstandes. Sie sucht daher das Augenmerk der Öffentlichkeit auf die Beteiligung ihrer Mitglieder immer mehr auf diese Frage lenken. Aber auch weite Kreise in unserem deutschen Vaterland sind davon überzeugt, daß diese Frage und ihre Lösung zu den wichtigsten Aufgaben unserer Zeit gehört. Kommunalverwaltungs-Regierungsorgane und Arbeiterchaft haben in vielen Gegenden unseres Vaterlandes zu diesen Bestrebungen sich vereint und manches erreicht. Gehen diese Bestrebungen auf höhere Ziele hinaus, so muß bei der Arbeiterschaft in vielen Fällen erst der Sinn für Behaglichkeit und Schönheit der vorhandenen Wohnung geweckt werden. Es steht außer Zweifel, daß, wenn bei der großen Masse der Arbeiter dieser Sinn geweckt ist, die Arbeit-schaft mit großer Eifer an der Lösung weiterer Wohnungsfragen arbeiten wird. Und dieses ist die Zwecksetzung der zu veranstaltenden Ausstellung. Hat der Arbeiter bei der Gründung eines eigenen Hausstandes auch das Bestreben, sich seine Wohnung schön und behaglich einzurichten, so fehlt es ihm doch meistens an der Anleitung, dieses entsprechend seinen Verhältnissen durchzuführen. Er häuft hier so manches zusammen ohne Rücksicht auf Zusammengehöriges und der praktischen Verwendung.“

Die Ausstellung soll ihm zeigen, wie man auch bei bescheidenen Mitteln sich eine behagliche und praktische Einrichtung beschaffen kann.

Die Möbelstücke sind für diesen Zweck eigens von Mitgliedern der Gelsenkirchener Schreinerinnung angefertigt. Es sind ange-stellte Wohnungen aus 2 und 3 Zimmern bestehend. Jedes Zimmer ist vollständig eingerichtet. Die weiteren Ausstellungen gegenstände sind von hiesigen Firmen geliefert. So stellen die Firmen Dahl und Stück die Bilder, die Herren Prente, Bahnsch-straße, und Philipp Heinrichs, Schallerstraße, Deßen und Herr der Fabrik Ruppertsbusch. Die hiesige städtische Gasanstalt stellt Heiz- und Beleuchtungskörper aus. Letztere legt eine vollständige Anlage an, sodas die Gegenstände praktisch vorgeführt und erprobt werden können. Das Ganze wird zeigen, daß auch der Un-mittelte es nicht nötig hat, allen Schund zusammen zu kaufen und daß auch bescheidene Mittel genügen, sich behaglich und praktisch einzurichten. Andererseits wird auch dem Gewerbe Anregung gegeben, sich in der Lieferung von Gegenständen für den Hausstand der weniger Vermittelten immer mehr zu vervollkommen.“

Die Ausstellung, die sich in den Räumen des Gesellschafter-hauses Eintracht, Grillostraße, befindet, ist täglich geöffnet von 9 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends. Sie währt vom 7. bis einschließl. 21. Mai. Mit der Ausstellung parallel läuft ein Vortragszyklus über das Arbeiterwohnungsweesen. Die Vorträge werden im gleichen Lokale gehalten und zwar abends 7 1/2 Uhr. Es werden nachstehende Fragen behandelt:

7. Mai: „Das Arbeiterwohnungsweesen und seine Bedeutung in wirtschaftlicher, geistiger und jiltlicher Beziehung“, Arbeitersekretär Sprenger; 9. Mai: „Wert und Erwerb des Eigenhauses“, Dr. Lindber-Düsseldorf; 11. Mai: „Baugenossenschaften“, Stadtrath ordneter Schmitz-Kaß; 13. Mai: „Wohnungshygiene und Pflege“, Fräulein Breuer-M.-Glabach; 14. Mai: Die Arbeiterwohnung und Bodenreform“, Stadtverordnete Gisting-Vogum; 16. Mai: „Die Arbeiterwohnung in Stadtplan“ (mit Lichtbildern), Vaurat Arendt-Gelsenkirchen; 17. Mai: „Die Verwendung des Gases im Haushalt“, Fräulein Birth-Deffau; 20. Mai: „Arbeiterbewegung und Arbeiterwohnung“, Arbeitersekretär Sprenger; 21. Mai: „Arbeiterhaushalt und Familienleben“, Fräulein Breuer-M.-Glabach.

Änderungen in der Vortragsfolge sind nicht ausgeschlossen. Kollegen aus den Städten des Ruhrreviers, die sich für die Ausstellung und die Vorträge interessieren, tun gut, wenn sie Arbeitersekretär, Kollegen J. Sprenger, Gelsenkirchen, Ehren-steinstraße, bitten, etwaige Änderungen mitzuteilen. Kollege Sprenger ist auch zu jeder sonstigen Auskunft gern bereit.

Briefkasten.

„Die Vereinigung“ erscheint in der nächsten Woche. F. G. Wie die „Genossen“ den einseitigen Arbeitsnachwe der Arbeitgeber in Theorie und Praxis bekämpfen, läßt Du D am besten aus Dortmund berichten.

Eingelegte Sourniere

für Nähtische, Schatullen und Füllungen.

Rusterbogen gegen 20 Pfg. in Briefmarken. Zahlreiche A-erkennungsschreiben.

Eustach. Biller, Marquett-Heidelberg, Theaterstraße 7.

Verantwortlicher Redakteur: Carl Janßen, 231a.
Druck von Heinrich Pfeiffing, 231a.